



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Andreas Winhart, Christian Klingen AfD**

Lieferketten für Nahrungsmittel während des Lockdowns aufrechterhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, die Lieferketten für Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter während des Lockdowns aufrechtzuerhalten.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der coronabedingten Grenzsicherungen zu Tschechien und Tirol warnte Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner vor überzogenen Vorratskäufen. Bereits am 18.10.2020 sagte sie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Für Hamsterkäufe gibt es keinen Grund, die Lieferketten funktionieren – das gilt nach wie vor.“

Der Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) hat dagegen vor schwerwiegenden Folgen der Grenzsicherungen gewarnt und am 22.02.2021 an die Bundeskanzlerin Angela Merkel einen weiteren Brandbrief geschickt. Darin heißt es, dass nach wie vor die Situation an diversen europäischen Grenzen dramatisch sei, da Lkw-Fahrer Umwege von 200 Kilometer und mehr nehmen müssten. Dadurch würden an einigen Standorten Lieferketten zusammenbrechen und die Versorgungssicherheit von Wirtschaft und Gesellschaft könnte nicht mehr gewährleistet werden. Der Verband fordert daher von Bund und Ländern unter anderem, den grenzüberschreitenden Güterverkehr von Test- und Quarantänepflichten auszunehmen.

Mit seinem Brandbrief an die Bundeskanzlerin reagiert der BGL auf die aktuelle Situation an deutschen Grenzen und am Brennerpass. In kilometerlangen Staus würden die Lkw stehen. Die Lkw-Fahrer drängten sich gefährlich eng an den wenigen provisorisch eingerichteten Testzentren, Mindestabstände könnten daher nicht immer eingehalten werden. Der Verband macht dafür die deutschen Corona-Regeln verantwortlich. Diese würden die Lieferketten und in der Folge die Versorgungssicherheit für Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter erheblich gefährden.

Für den Güterverkehr gibt es nur partielle Ausnahmen. Das widerspricht nach Auffassung des BGL den auf europäischer Ebene vereinbarten „Green Lanes“. Darüber hinaus führe es zu einem unbeherrschbaren Regelungs-, Kontroll- und Grenzchaos.

Der BGL schreibt weiter, dass sich wegen der Situation an Testzentren mittelständische Transportunternehmer „hilfesuchend“ an ihn wenden würden. Explizit nennt der Verband die Testzentren in Sterzing sowie am Grenzübergang in Waidhaus.

Auch die Regeln für den grenzüberschreitenden Verkehr mit Frankreich könnten möglicherweise demnächst aus Infektionsschutzgründen geändert werden. Ob es dann eine verschärfte Testpflicht geben könnte oder auch stationäre Kontrollen wie derzeit an den Grenzen zu Österreich und Tschechien, ist aber noch offen.

Vor diesem Hintergrund klingen die wie ein Mantra ständig wiederholten Beschwichtigungen der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft unglaublich und führen durch ihre mediale Wiedergabe erst recht zu Vorratseinkäufen der Bürger.

Nachdem es bereits bei Impfstoffen zu Versorgungsengpässen kam, in der Industrie die Halbleiterkomponenten kaum mehr in ausreichender Menge beschafft werden können und auch bei der Stromversorgung Blackouts drohen, darf zumindest die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern durch die überzogenen Maßnahmen von Bundesregierung und Staatsregierung nicht zusätzlich gefährdet werden.